

Staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend			11. Sitzungsprotokoll
18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2011 - 2015
Sitzungstag: 08.11.2012	Sitzungsbeginn: 15.00 Uhr	Sitzungsende: 17.05 Uhr	Sitzungsort: Bremische Bürgerschaft, Am Markt 20, 28195 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Frau Senatorin Stahmann			

Frau Senatorin Stahmann führt aus, dass vor dem Hintergrund des öffentlich bekannt gewordenen Falles von Gewalt in der Pflege eine gesonderte Berichterstattung der Verwaltung und Diskussion als neuer Tagesordnungspunkt 2 behandelt werden soll. Dementsprechend verschieben sich die nachfolgenden Punkte der Tagesordnung.

Folgende geänderte Tagesordnung wird genehmigt:

1. Protokoll über die Sitzung am 11.10.2012
2. Gewalt in der Pflege
3. Netzwerk gegen Diskriminierung
(Vorlage Nr. 45/12)
4. Europapolitisches Jugendkonzept für das Land Bremen
(Vorlage Nr. 46/12)
5. Bremer Konzept für Alphabetisierung und Grundbildung
(Vorlage Nr. 47/12)
6. Verschiedenes

TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 11.10.2012

Herr Schmidtman (Bündnis 90/Die Grünen) weist auf einen Fehler in der Anwesenheitsliste hin, in der Herr Prigge (SPD) als Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und nicht als Mitglied der Deputation aufgeführt ist.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend genehmigt das Protokoll über die Sitzung am 11.10.2012.

TOP 2: Gewalt in der Pflege

Frau Senatorin Stahmann führt aus, dass der Übergriff in dem Pflegeheim eine breite öffentliche Diskussion ausgelöst hat.

Sie äußert zu diesem Fall auch eine große persönliche Betroffenheit und weist darauf hin, dass die Heimaufsicht in dieser Angelegenheit unverzüglich nach Bekanntwerden des Vorfalls tätig geworden ist.

Sie begrüßt die zu diesem Thema nunmehr stattfindende öffentliche Diskussion, da sie dazu beiträgt, dass diese Problematik verstärkt in den öffentlichen Fokus gerückt wird.

Sie weist darauf hin, dass in diesem Zusammenhang aber auch das Dunkelfeld der Gewalt in der häuslichen Pflege thematisiert werden muss, da diese Thematik durch die gegenwärtige Diskussion nicht abgedeckt ist.

Sie führt weiter aus, dass sich vor dem Hintergrund der Geschehnisse auch die Frage stellt, ob die Heimaufsicht personell ausreichend ausgestattet ist. Hierzu bedarf es einer Prüfung. Dabei ist aber auch festzustellen, dass solche Vorfälle auch bei einer großzügigen Personalausstattung der Heimaufsicht nicht ausgeschlossen werden können.

Frau Senatorin Stahmann schließt die Einführung zu diesem TOP mit dem Wunsch, auch mit den Wohlfahrtsverbänden in eine Diskussion zu diesem Thema einzutreten.

Im Anschluss an die Einführung von Frau Stahmann stellt die Verwaltung (Herr Stöver, Leiter der Heimaufsicht) die Situation um die Aufsicht in der Altenpflege und das Wirken der Heimaufsicht dar.

In einem Fazit kommt die Verwaltung u.a. zu dem Schluss, dass ein Versagen der Heimaufsicht, wie teilweise in der Öffentlichkeit dargestellt, nicht unterstellt werden kann.

Die Vertreterinnen und Vertreter der in der Deputation vertretenen Fraktionen erklären übereinstimmend, dass es Aufgabe der Politik sein muss, Bedingungen zu schaffen, die solche Einzelfälle vermeiden helfen. Dabei ist davon auszugehen, dass es sich nunmehr bei dem bekanntgewordenen Fall nicht um einen Einzelfall handeln dürfte.

Andererseits darf die gegenwärtig geführte Diskussion nicht dazu führen, die Pflegekräfte der Altenhilfe zu stigmatisieren und einem Generalverdacht auszusetzen. Vielmehr bedarf es auch in diesem Feld der Schaffung von Öffentlichkeit, damit die Probleme dieser Berufsgruppe, die vor allem in engen Zeitvorgaben für einzelne, pflegerische Leistungen, einer mangelnden Akzeptanz des Berufsbildes und vor allem auch einer eher schlechten Bezahlung liegen, stärker bekanntgemacht werden.

Aus alledem resultiert, dass insgesamt eine Qualitätsdebatte zur Altenpflege intensiviert bzw. angestoßen werden sollte.

Im Anschluss an die grundsätzlichen Statements erfolgt die Beantwortung weiterer Einzelfragen der Mitglieder der Deputation durch die Verwaltung.

TOP 3: Netzwerk gegen Diskriminierung **(Vorlage Nr. 45/12)**

Frau Senatorin Stahmann weist auf die zu diesem Thema bereits im letzten Jahr geführte Debatte hin. Insgesamt wird das Erfordernis gesehen, der Deputation weiterhin über die Förderung des Netzwerkes gegen Diskriminierung zu berichten.

Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, dass es im Rahmen der Berichterstattung weitere Punkte gibt, die im einzelnen detailliert betrachtet werden müssen. Vor diesem Hintergrund soll der Deputation bis Ende 2013 ein weiterer Bericht zur Förderung des Netzwerkes gegen Diskriminierung vorgelegt werden.

Aus diesem Grund ist eine Ergänzung des Beschlussvorschlages notwendig.

Die Deputation fasst folgenden ergänzten

Beschluss

Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen wird gebeten, der Deputation bis Ende 2013 einen Bericht zur weiteren Förderung des Netzwerkes gegen Diskriminierung vorzulegen.

Hierzu soll – über den Stand der Umsetzung der jetzt bereits geplanten Projekte hinaus – insbesondere und vertieft darüber berichtet werden,

- wie und in welchem Maße Fortschritte bei der Förderung der verstärkten Vernetzung aller Beratungs- und Informationsstellen, die sich gegen Diskriminierung engagieren, erzielt wurden

- wie es gelungen ist, in Zuwendungsverträgen aufzugeben, dass die ZuwendungsempfängerInnen sich mit dem Thema Anti-Diskriminierung auseinanderzusetzen und daraus konkrete Maßnahmen zur Vermeidung von Diskriminierung ableiten sollen, und darüber, wie die Einhaltung dieser Verpflichtung überprüft werden soll
- von allen Ressorts aussagekräftige Berichte dazu, wie sie die mit dem Beitritt Bremens zur „Koalition gegen Diskriminierung“ eingegangene Verpflichtung erfüllen, dem Thema Diskriminierung mehr Aufmerksamkeit zu widmen, jeden Weg zu nutzen, um Menschen in Fällen von Diskriminierung die bestmögliche Beratung an ihren Wohnort zu bieten, sowie auf Landes- und kommunaler Ebene Diskriminierungsschutz als politische Aufgabe zu verankern.

TOP 4: Europapolitisches Jugendkonzept für das Land Bremen (Vorlage Nr. 46/12)

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt vom Bericht zum Sachstand der Bearbeitung des europapolitischen Jugendkonzeptes Kenntnis.

TOP 5: Bremer Konzept für Alphabetisierung und Grundbildung (Vorlage Nr. 47/12)

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt das Bremer Konzept für Alphabetisierung und Grundbildung zur Kenntnis. Sie bittet um eine jährliche Berichterstattung zu der Umsetzung des Konzeptes und den Maßnahmen.

TOP 6: Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Vorsitzende

Sprecher

Protokollführerin